



Gestärkt von neuen Siegen, will Donald Trump nun auch öfter präsidential auftreten. Eine Rede zur Außenpolitik sollte Auftakt zu einer Reihe solcher Positionierungen sein. Details und Strategien aber fehlten. Foto: dpa

Amerika über alles

Donald Trump hält eine außenpolitische Rede und entsetzt die Bündnispartner der USA

■ Von Thomas J. Spang

Washington (WB). Donald Trump wirbt für eine nationalistische Außenpolitik, die Amerika über alles stellt. Den Verbündeten in Europa und Asien droht er offen mit Liebesentzug.

Zwei Monate nach der Amtseinführung des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten lädt Donald Trump die Nato-Verbündeten zu einem Sondergipfel in die US-amerikanische Hauptstadt ein. Bei dem Treffen geht es um eine neue Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses.

Trump verlangt speziell von Deutschland und Frankreich größere militärische Anstrengungen. Der neugewählte Präsident setzt den Partnern eine Frist, binnen derer sie ihre Verteidigungshaushalte deutlich aufgestockt haben müssen. In einem ersten Schritt erwartete er Rüstungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Falls das Ziel nicht erreicht wird, will er die US-Verteidigungsleistungen in Rechnung stellen oder

alle Truppen und US-amerikanische Infrastruktur zurückziehen. Zwei Wochen später verlangt Trump dasselbe bei einem Gipfel mit den asiatischen Staaten in Kalifornien. Japan und Südkorea müssen zahlen oder verlieren den Schutz des großen Bruders im Pazifischen Ozean.

So oder so ähnlich könnte es kommen, wenn der Rechtspopulist im November die Präsidentschaftswahlen gewinnt und umsetzt, was er in seiner Grundsatzrede zur Außenpolitik im »Mayflower«-Hotel darlegte. »Amerika zuerst wird das zentrale und alles überragende Thema meiner Regierung sein«, verkündete Trump vor den 100 geladenen Gästen in einer formalen Rede, die der Kandidat von einem Teleprompter ablas.

Bisher hatte sich der republikanische Spitzenreiter im Rennen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten nur in Twitter-Fetzen oder Ausrufesätzen zu internationalen Fragen geäußert. Im »Mayflower«-Hotel versprach er nun »eine kohärente Außenpolitik«, die auf US-amerikanischen Interessen aufbaue. »Amerika wird wieder stark sein. Amerika wird wieder großartig sein. Amerika wird wieder ein Freund sein.«

Nach Ende der 40-minütigen Rede blieben Analysten und Experten einigermaßen ratlos zurück. »Dass er das Banner mit der Aufschrift »America First« ausrollt, zeigt Geschichtsvergessenheit oder bloße Ahnungslosigkeit«, meint der Politologe Nicholas Burns. Der renommierte Transatlantiker erinnert daran, wie der rechte Isolationist Charles Lindbergh in den 30er

»Unsere Verbündeten zahlen nicht ihren fairen Anteil. Die Länder, die wir verteidigen, müssen für die Kosten dieser Verteidigung aufkommen.«

Donald Trump

Jahren den Slogan gebrauchte, um die USA aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten.

Irritierend sei in diesem Kontext, wie leichtfertig der Kandidat die Werkgemeinschaft des Westens in Frage stelle. »Er schleudert Blitze und Drohungen in Richtung unserer Alliierten und will Russland und China mit Samthandschuhen anfassen.« Burns nimmt damit Be-

zug auf das Versprechen Trumps, die Alliierten in Europa und Asien zur Kasse zu bitten. Wenn diese nicht bereit seien zu zahlen, »dann müssen die USA bereit sein, diese Länder sich selbst verteidigen zu lassen«.

Der republikanische Senator Lindsey Graham meint, »Ronald Reagan muss sich im Grab umdrehen« angesichts der Ideen des Kandidaten, der über Jahrzehnte verfolgte Grundsätze amerikanischer Außenpolitik in Frage stelle.

Andere, wie die frühere Außenministerin Madeleine Albright, beanstanden, Trumps Rede habe das Gegenteil eines geschlossenen Konzepts vorgelegt: »Ich habe nie zuvor so eine Kombination aus simplen Slogans, Widersprüchen und falschen Aussagen in einer Rede gesehen.«

Einerseits will Donald Trump das US-Militär massiv aufrüsten, verspricht dann aber an anderer Stelle, sich aus den Konflikten der Welt herauszuhalten. Der Kandidat stellt ein besseres Verhältnis zu China in Aussicht, droht gleichzeitig aber mit einem Handelskrieg. Er hält am Einreisestopp für Muslime fest, will diese aber von westlichen Werten überzeugen.

Anstelle der bisherigen Verläss-

lichkeit der US-Außenpolitik will Trump Freunde und Feinde Amerikas im Vagen lassen. »Wir müssen unberechenbar sein. Und wir müssen mit der Unberechenbarkeit heute anfangen.«

Dass Trump keinen namhaften Sicherheitsberater in seinem Team hat, versucht der Kandidat als Stärke zu verkaufen. »Wir brauchen neue Leute, weil viele der alten Leute ehrlich gesagt nicht wissen, was sie tun.«

Diesem Verdacht sieht sich der voraussichtliche Spitzenkandidat der Republikaner nach der Rede selbst ausgesetzt. »Ich kann nur hoffen, dass der Wahlkampf in den USA nicht an der Wahrnehmung der Realitäten vorbeigeht«, merkte gestern Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier besorgt an. In der ihm eigenen Art bemerkte Deutschlands Chef-Diplomat: »Das scheint mir noch nicht ganz ausbuchstabiert zu sein.«

Auch der künftige US-Präsident müsse akzeptieren, dass sich die globale Sicherheitsarchitektur verändert habe. »Insofern ist »America First« eigentlich keine Antwort darauf.« Der künftige US-Präsident? Steinmeier scheint sich auf alles einzustellen – auch auf Trump im Weißen Haus. **Leitartikel**

»Gott greift eben manchmal zu seltsamen Mitteln«

Religionssoziologe Heinrich Wilhelm Schäfer von der Uni Bielefeld über Donald Trumps Wählbarkeit für Christen in den USA

Bielefeld (WB). Der Religionssoziologe Prof. Dr. Dr. Heinrich Wilhelm Schäfer von der Universität Bielefeld ist Experte für Fundamentalismus. Im Gespräch mit Andreas Schnadwinkel erklärt er, warum Donald Trump auch für Christen wählbar ist.

? In Ihrem Buch »Kampf der Fundamentalismen« schreiben Sie: »Das System der USA ist seit jeher revolutionär. Das System muss lediglich immer wieder gereinigt und auf seine Ursprünge zurückgeführt werden.« Ist das der Prozess, den wir gerade beobachten?

Heinrich Wilhelm Schäfer: Ja, es ist eine konservative Revolution. Der Unterschied zwischen Europa und den USA ist, dass in den USA Revolutionen nicht von sozialen Bewegungen betrieben werden, sondern von religiösen Bewegungen. Das war schon im 19. Jahrhundert bei den Evangelikalen so, und so ist es jetzt wieder. Bei die-

sen Revolutionen ist nicht etwa eine sozialistische Utopievorstellung handlungsleitend, sondern wir gehen zurück auf den religiösen Gründungsmythos der USA. Dazu gehört als wichtiger Teil auch der Fortschrittsmythos der Methodisten. Demnach können und müssen sich Gläubige in ihrem Glauben perfektionieren. Das kann auf die Nation übertragen werden. Von diesem Gedankengut finden wir viel bei den evangelikalen Wählern Donald Trumps.

? Ist denn ein »Sünder« wie Donald Trump für evangelikale Christen in den USA überhaupt wählbar?

Schäfer: Genau an dieser Stelle vermischen sich Religion und Politik auf sehr interessante Weise. Viele Mitglieder der evangelikalen Szene sehen, dass Trump ihren Moralvorstellungen als Person nicht entspricht – dass er aber sehr vieles durchbringen kann, was ihren Moralvorstellungen ent-

spricht. Dazu zählt die klare Kante gegen Homosexuelle und gegen den Islam. Außerdem gehört zum Glauben die Vorstellung, dass Gott eben manchmal zu seltsamen Mitteln greift. Das ist Begründung genug, um für Trump zu stimmen.

? Donald Trump und der demokratische Hillary-Clinton-Rivale Bernie Sanders haben gemeinsam, dass sie mit viel Erfolg vor allem Weiße ansprechen. Trump eher weniger gebildete ältere, Sanders eher gebildete und junge Weiße. Sind die USA gespalten in Weiße und Nicht-Weiße?

Schäfer: Das würde ich denken. Der Rassismus in den USA ist ein ganz

starker Faktor. Das sieht man auch beim Blick auf religiöse Bewegungen sehr deutlich. Bei der Entwicklung der Pfingstbewegung gab es sehr früh eine rassistische Spaltung innerhalb der Gruppe. Die weißen Pfingstler tragen heute die Tea-Party-Bewegung, während die schwarzen Pfingstler eher liberal sind. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man das Wahlverhalten betrachtet.

? Trump hat sehr viele bisherige Nichtwähler mobilisiert. Was passiert mit dem Trump-Milieu, wenn er nicht Präsident wird und aus der Politik verschwindet?

Schäfer: Diese Leute bleiben in den ehemaligen Indust-

riezentren in Kansas und Michigan sitzen, ernähren sich von der Hand in den Mund und pflegen ihren Rassismus.

? Was kommt heraus, wenn Sie das Phänomen Trump mit dem Phänomen AfD vergleichen?

Schäfer: Beide Phänomene haben sehr viel gemeinsam. Trump ist ein Großkapitalist, der sich auf die Axt im Walde. Die AfD ist eine großkapitalistische Partei, die so tut, als sei sie das nicht. Aber die AfD hat eine liberale Wirtschaftspolitik. Ich sage libertär, nicht liberal. Libertär ist die Addition von wirtschaftsliberal und politisch autoritär. Die AfD verfolgt ebenso wie Trump eine neoliberale Wirtschaftspolitik, eine Politik für die Reichen. Und zugleich sprechen Trump und die AfD die Opfer genau der neoliberalen Strukturreformen der vergangenen 30 Jahre mit rassistischen Parolen an.

? Und warum fühlen sich diese Leute von Trump und der AfD angesprochen?

Schäfer: Weil sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht verstehen. Was sie verstehen, ist die Sprache des Protests gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen, deren »Minderwertigkeit« sich leicht erkennen machen lässt. Die AfD macht das, indem sie auf die Hautfarbe oder auf den Glauben zeigt. Sie setzt dabei auf die sachliche Erkennbarkeit tatsächlicher Probleme – zum Beispiel die weiter steigende Knappheit von billigen Kleinwohnungen durch Zuzug von Flüchtlingen. Aber der entscheidende Grund dafür, dass die Leute heute mit einem einzigen Gehalt zum Beispiel als Krankenpfleger nicht über die Runden kommen, sind die neoliberalen Reformen, nicht die Flüchtlinge. Und diese Zusammenhänge verstehen viele nicht. Das ist auch die Argumentationsstruktur bei Trump. Damit gewinnt er die Opfer der neoliberalen Politik über die Rassismusschiene.



Prof. Dr. Dr. Heinrich Wilhelm Schäfer forscht als Religionssoziologe.